

ser einen anerkannten oder gültigen Pass oder Passersatz nicht besitzt und nicht in zumutbarer Weise erlangen kann oder sein Pass oder Passersatz einer inländischen Behörde vorübergehend überlassen wurde.

22. Abgeordneter  
**Andreas Bleck**  
(AfD)
- Werde ich, als Mitglied der Jungen Alternative für Deutschland (JA), vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ eingeordnet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings vom 4. Februar 2019**

Als „Verdachtsfälle“ bezeichnet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Personenzusammenschlüsse, bei denen hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorliegen, ohne dass erwiesen ist, dass es sich um eine extremistische Bestrebung handelt.

Eine Einstufung von Einzelpersonen als „Verdachtsfall“ erfolgt nicht.

23. Abgeordnete  
**Joana Cotar**  
(AfD)
- Wie viele Wohngebäude oder Eigentumswohnungen sind der Bundesregierung seit 1998 nach § 1936 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) – Gesetzliches Erbrecht des Staates nach § 856 BGB – Beendigung des Besitzes als leerstehend bekannt (bitte nach Bundesland und Aufgabengrund aufschlüsseln, sofern möglich)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Marco Wanderwitz vom 30. Januar 2019**

In den Jahren 2015 bis 2018 sind aufgrund der Regelung in § 1936 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) insgesamt 19 Wohngebäude und Eigentumswohnungen in das Eigentum des Bundes (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – BImA) gelangt. Von diesen Wohnobjekten befinden sich

- fünf im Ausland,
- vier in Sachsen,
- drei in Bayern,
- jeweils zwei in Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie
- jeweils eins in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Thüringen.

Aktuell werden drei dieser Wohngebäude/Eigentumswohnungen genutzt (davon zwei im Ausland). Von den übrigen Objekten wurden bereits sieben veräußert und eines zwangsversteigert. Ob diese aktuell genutzt werden, ist nicht bekannt. Die restlichen acht Gebäude können aus unterschiedlichen Gründen (fehlende Verfügungsbefugnis der BImA bzw. schlechter Objektzustand) nicht genutzt werden. Für den Zeitraum von 1998 bis 2014 liegen keine statistischen Daten vor.

dung von 365-Euro-Jahrestickets erprobt. Ziel ist es, Maßnahmen zur Luftreinhaltung modellhaft zu testen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auszuwerten. Das bleibt abzuwarten.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

206. Abgeordneter  
**Andreas Bleck**  
(AfD)      Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die diversen nach Deutschland importierten sowie aus Deutschland exportierten Abfallarten innerhalb des Jahresverlaufes 2018?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold vom 4. Februar 2019**

Für das Jahr 2018 liegen noch keine Daten über Verbringungen von Abfällen nach und aus Deutschland vor. Nachdem die Daten vorliegen, werden sie auf der Webseite des Umweltbundesamtes veröffentlicht ([www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/grenzueberschreitende-abfallverbringung/grenzueberschreitende-abfallstatistik](http://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/grenzueberschreitende-abfallverbringung/grenzueberschreitende-abfallstatistik)), üblicherweise in der Mitte eines Jahres für das Vorjahr.

207. Abgeordnete  
**Katja Hessel**  
(FDP)      Hat sich die Luftreinheit in den von Fahrverboten für Diesel-Pkw betroffenen Städten und Regionen maßgeblich verbessert?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold vom 4. Februar 2019**

In Hamburg gelten seit Ende Mai des Jahres 2018 auf zwei Straßenabschnitten Durchfahrtsverbote für Dieselfahrzeuge zur Verringerung der Stickstoffdioxidbelastung. Mit Pressemitteilung vom 10. Januar 2019 hat sich die Behörde für Umwelt und Energie zur Luftqualität in Hamburg geäußert ([www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/12038316/2019-01-10-bue-luftreinhaltung/](http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/12038316/2019-01-10-bue-luftreinhaltung/)).

In anderen Städten sind im Jahr 2018 noch keine über die Umweltzonenregelung hinausgehenden Fahrverbote erlassen worden. Die Stickstoffdioxidbelastung in den Städten im Jahr 2018 war gegenüber dem Vorjahr nach der am 31. Januar 2019 veröffentlichten vorläufigen Auswertung des Umweltbundesamtes zu den Luftqualitätsdaten der Länder leicht rückläufig. Im Bundesdurchschnitt ging die Stickstoffdioxidbelastung an den verkehrsnahen Messstationen im Mittel um etwa  $2 \mu\text{g}/\text{m}^3$  gegenüber dem Vorjahr zurück. Weitergehende Informationen sind unter [www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/stickstoffdioxidbelastung-geht-2018-insgesamt-verfuegbar](http://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/stickstoffdioxidbelastung-geht-2018-insgesamt-verfuegbar) verfügbar.